

Kindeswohl und Eheglück – Welche Chancen hat eine christlich geprägte Familienpolitik?

Begrüßung

Der Trend der derzeitigen Familienpolitik, auch von Seiten der Großen Koalition, geht eindeutig in eine Richtung, die sich nicht mehr notwendigerweise mit dem Kind befasst. Auch die Prinzipien der christlichen Soziallehre (wie z. B. das Prinzip der Subsidiarität) geraten in der politischen Diskussion immer mehr in den Hintergrund. Das Hauptaugenmerk der Veranstaltung soll daher vor allem auf das Kindeswohl gelenkt werden.

Dr. Clemens Christmann

Einführung

Hauptgrund und Zielsetzung dieses Seminars sind es, einen Kontrapunkt zum politischen Mainstream zu setzen und der Politik der Großen Koalition antagonistische Entwürfe, wie das Beispiel der thüringischen Familienpolitik, entgegenzustellen. Gesellschaftliche Werte und Normen sind tief in Ehe und Familie verankert. Unterschiede in der Diskussion hierüber liegen darin begründet, ob man aus einer christlichen Perspektive über Ehe und Familie spricht, oder aber aus einer areligiösen Sichtweise heraus.

Dr. Klaus Zeh

Familienfreundliche Politik ist möglich! Christlich geprägte Familienpolitik in Thüringen

Der Diskurs über Familienpolitik ist wichtig, da sie die Politik der Zukunft ist. Sie ist auch „das Fundament der Politik schlechthin“ und die Basis aller anderen Politikfel-

der. Der Austausch über Familie ist deshalb so unabdingbar, weil in der Familie alle Fähigkeiten eingeübt werden, die man im Leben braucht (z.B. Team- und Konfliktfähigkeit), weil in der Familie Werte geprägt werden, die die Gesellschaft zusammenhalten und weil Familie der Ort ist, an dem einfachste Grundwerte wie bitten und danken erlernt werden. Das Thema wird endlich auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen, die Zeiten des „Gedöns“ sind vorbei. Leider ist den meisten erst über die Demografie bewusst geworden, dass eine Schieflage entstanden ist. „Wir leiden nicht an Überalterung, sondern vielmehr an Unterjüngung“, so der thüringische Sozialminister. Die Halbierung der Geburtenraten während der 90er Jahre in Ostdeutschland ist überhaupt einmalig: während noch 1988/89 das Alter der Erstgebärenden in den neuen Bundesländern bei durchschnittlich 19,6 Jahren lag, so war die Erstgebärende in Westdeutschland zur gleichen Zeit durchschnittlich 27 Jahre alt. Im Osten hat man sich im Laufe der Zeit demnach dem niedrigen Westniveau angeglichen. Tendenziell haben Wohlstandsländer niedrigere Geburtenziffern, als arme Länder. Offenbar ändert sich mit zunehmendem Wohlstand und umfassendem Sozialstaat auch die Wahrnehmung von Kindern. Die immer wiederkehrende Forderung nach mehr Eigenverantwortung der Bürger forciert allerdings auch die Entscheidung keine Kinder zu bekommen. Zeh: „Es ist nicht fünf vor zwölf, zwölf oder fünf nach zwölf, sondern 35 Jahre nach zwölf“. Was also kann die Politik tun?

Das neue Elterngeld ist nur eine Maßnahme von vielen, aber der richtige Weg, um eine Abkehr vom Erziehungsgeld als Sozialgeld

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

zu vollziehen. Das Beispiel der DDR hat jedoch gezeigt, dass materielle Anreize und materieller Wohlstand letztlich nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Geburtenraten führen müssen.

In Thüringen ist es gelungen mit Hilfe des „Familienfördergesetzes“ die Familienförderung gesetzlich zu verankern¹. Kritiker der Familienoffensive erheben den Vorwurf, man hinge in der Union an alten Familienbildern, und das „zu Lasten der Kinderversorgungseinrichtungen“, schildert der Minister. „Dem Kind werden die Erziehungsleistungen des Staates vorenthalten, wenn die Mütter zurück an den Herd gehen“, so der zentrale Kritikpunkt der Gegner. Der Grundgedanke der Familienförderung in Thüringen ist die Wahlfreiheit der Familien: das vom Land gezahlte Erziehungsgeld ermöglicht die freie Entscheidung zwischen außerhäuslicher Fremdbetreuung und der Betreuung der Kinder zu Hause.

Auch die Seminarteilnehmer waren sich darin einig, dass diese Wahlfreiheit und die Initiative insgesamt Unterstützung verdiene. Jedoch wurde gleichzeitig angemahnt, dass die Wahlfreiheit der Familien nicht allein dadurch entstünde, dass die Option besteht, einen Betreuungsplatz angeboten zu bekommen. Vielmehr liege das Problem auch darin, dass die häusliche Arbeit generell keine Anerkennung erhalte – frei nach dem Motto: „Was nicht bezahlt wird, ist nichts wert“. Zudem würden die Gefahren der frühen Fremdbetreuung nicht ausreichend kommuniziert: „Eine Wahlfreiheit ist nicht vorhanden, da hierüber nicht ausreichend aufgeklärt wird“. Trotz der Einwände konnte Minister Zeh den Ratschlag mit auf den Weg nehmen, sich nicht entmutigen zu lassen.

¹ Nähere Informationen zur Thüringer Familienoffensive: <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/familienoffensive.pdf>

Prof. Dr. Gerd Habermann

Wie man in Deutschland die Familie sozialisiert

Die Familienpolitik in Deutschland, in westlichen Ländern insgesamt, ebenso die Institution Familie ist im Verfall begriffen. Hierzulande werden die Mittel des als „gute Taten“ wahrgenommenen Handelns der Politik zur finanziellen Besserstellung von Familien selbigen zuvor aus der Tasche gezogen. „Wohlfahrtsstaat ist die Kunst, die Leute mit ihrem eigenen Geld vom Staat abhängig zu machen“. Die Zerstörung der Familie als Schicksalsgemeinschaft, ebenso als ökologische Gemeinschaft wurde vor allem durch die Sozialversicherung begünstigt. Sie greift den Generationenvertrag im Kern dadurch an, dass sie die zentralen Solidaritätsfunktionen von Familie aus den Angeln hebt – das gegenseitige „füreinander einstehen“ und die generationenübergreifende Unterstützung sind hinfällig geworden. „Der Generationenvertrag wurde nationalisiert, jedoch lässt sich christliche Nächstenliebe nicht verstaatlichen“, so Habermann.

Hiermit geht auch eine Entwicklung zur Sozialisierung der Ökonomie der Familienfinanzen einher. Kosten für Kleidung, Unterhalt und Ausbildung werden immer häufiger auf den Staat abgewälzt, wie auch die Betreuungsfunktion der Familie zunehmend in staatliche Hand gerät. So werden Eltern zu „staatlich bezahlten Reproduktionsfunktionen des Staates“, meint Habermann. Und weiter: „Wir werden zu einer `DDR light`“. Die Abwertung der Familienarbeit ist ein selbstgemachtes Problem der emanzipierten Frauen, die männlichen Idealen nachstreben, die Attraktivitätsbindung von Ehe und Familie ist gleichwohl, auch wegen der heute vorherrschenden Sexualmoral, im Verfall begriffen. Was ist also zu tun? Wenn wir uns erhalten wollen, müssen wir unsere Werte und Sichtweisen ändern. Langfristig gesehen wird sich diese Idee durchsetzen. Das Prestige der Familie muss wiederhergestellt, den Familien sollte wieder mehr Verantwortlichkeit (v.a. die ökonomische Vollverantwortlichkeit) übertragen werden. Die Abwertung von Familie und familiärer Arbeit hat ein Ende zu finden. Geändert werden sollte auch der Umstand, dass Fertilität in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

unserem Land nicht in gleichem Maße staatlich gefördert wird, wie dies bei Schwangerschaftsabbrüchen der Fall ist. Im Bildungswesen wäre mehr Privatisierung notwendig, das erstarkte Arbeitsrecht könnte durch kürzere Ausbildungszeiten, flexiblere Arbeitsverhältnisse und flexiblere Arbeitszeiten angestoßen werden. Keinesfalls kann Zuwanderung eine Lösung der Probleme herbeiführen.

Insgesamt, so auch die Forderung der Seminarteilnehmer, ist es dringend notwendig, dass den Familien in Deutschland mehr Gerechtigkeit widerfährt. Es muss eine Umverteilung zugunsten der Familien stattfinden – niemand sollte einen Nachteil davontragen, wenn man Kinder hat.

Albin Nees

Gelbe Karte aus Karlsruhe für die deutsche Familienpolitik

Art. 3 GG besagt: Gleiches muss gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden. Laut Art. 6 GG steht die Familie unter dem „besonderen“ Schutz der staatlichen Ordnung. Fügt man diese Aspekte mit Blick auf die Privilegierung von Familien zusammen, so ergibt sich hieraus ein Nachteilsverbot, aber auch ein Fördergebot des Staates gegenüber den Familien. Aus dem „natürlichen Recht der Eltern“ zu Pflege und Erziehung leitet sich gleichwohl ein Anspruch des Kindes auf Betreuung, Bildung und Versorgung durch die Eltern ab. § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hält fest, dass „jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ hat. Dies ist ein eindeutiger Beleg dafür, wie wichtig die Familie für unsere Verfassung ist, denn die hier beschriebenen Rechte des Kindes können nur in der Familie verwirklicht werden. Auch Johannes Rau bemerkte hierzu: „Was uns die Familie gibt, das kann durch nichts anderes ersetzt werden“. Eine Gesellschaft, die die nachwachsenden Generationen vergisst, hat die Zukunft schon verloren. Unsere Kultur kann nur erhalten werden, wenn nachfolgende Generationen vorhanden sind, die diese erhalten und fortführen. Als Maßgabe

deutscher Familienpolitik muss für die Politik gelten, dass der Staat von der Arbeit der Familien lebt, da er aus Voraussetzungen gespeist ist, die er selbst nicht garantieren kann.

Der breite Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers erteilt der Politik einen eindeutigen Gestaltungsauftrag. Unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit muss das Maß der individuellen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Steuerzahlers – vor allem wenn dieser Kinder erzieht – berücksichtigt werden. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden z.B. durch die Mehrbelastung von Kinderlosen, eine kinderzahlabhängige Beitragsgestaltung der Pflegeversicherung oder eine grundsätzliche Berücksichtigung der Gleichwertigkeit von Kindeserziehung und Beitragszahlung. Zahlreiche Urteile des Bundesverfassungsgerichts² mahnten die Politik sicherzustellen, dass die Benachteiligung von Familien verringert wird.

Da aber die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts lediglich Leitlinien, nicht aber verpflichtende Gesetze sind, müssen derartige Urteile als Anregung zur „Familienverträglichkeitsprüfung“ gesehen werden.

Der Staatsbürger bürgt für den Staat und sein Gemeinwesen, daher ist es ein konstitutives Element des Staates und seiner sozialen Sicherungssysteme, dass eine nachwachsende Generation herangezogen wird, die ihn funktionsfähig erhält. So lebt denn der Staat von Voraussetzungen, die er selbst, die aber auch jeder einzelne schaffen muss. Politik geht jeden an und muss ebenso von jedem verantwortet werden.

²

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20010403_1bvr162994.html („Pflegeversicherungsurteil“ vom 3.4.2001);

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs19981110_2bvr185297.html (sog. „Kirchhof-Urteil“ vom 10.11.1998);

<http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/bv087001.html> („Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

Vor diesem Hintergrund stellte sich nun die Frage, mit welchen Mitteln es möglich sei, die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Familienpolitik in Deutschland letztlich auch umzusetzen. Der Klageweg, so Albin Nees, sei diesbezüglich wenig aussichtsreich. Zwar ist die Familienpolitik ein hartes Thema geworden, jedoch ist es vor allem ein Problem der christlich geprägten Familienpolitik, dass es ihr an Durchschlagskraft fehlt. „Familienpolitik ist keine Sozial-, sondern Ordnungspolitik“, so Nees. Neben der Forderung nach familienpolitischen Aktionsprogrammen kam auch die nach einem Familienwahlrecht auf. „Würden die neugeborenen Kinder mit einer Stimme durch ihre Eltern vertreten werden, so hätten wir heute sicherlich eine andere Politik“.

Dr. med. Ludwig Janus

Psychologische und medizinische Aspekte von Schwangerschaft und Geburt³

Das Wissen über frühkindliche Entwicklung und ihre Langzeitwirkungen ist unerlässlich, um nicht in einen Politikstil zu verfallen, der nicht mehr den Anspruch erheben kann, dem Kindeswohl zu entsprechen. Als Therapeut macht man die Erfahrung, dass die gegenwärtigen Probleme der Patienten aus Kindheitsnöten heraus resultieren. Frühkindliche Bindungen prägen den späteren Umgang in und mit der Gesellschaft. Die Hirnforschung widmet sich heute auch pränatalen Aspekten: heute weiß man, dass die pränatale Entwicklung des Kindes maßgeblich die nachgeburtliche Entwicklung beeinflusst. So implizieren beispielsweise Kaiserschnittgeburten, dass ein anderer einem hilft, während das Kind selbst nichts aus eigener Kraft tun muss. Dies kann durchaus die vorsprachlichen Bilder des Neugeborenen beeinflussen und den Weg zu einer ge-

wissen Lebenseinstellung vorgeben. Erfahrungen von Gewalt, Isolation (z.B. durch ein Leben im Heim) oder der Ungewolltheit belasten alle Lebenszüge dauerhaft und führen zu einer Derangiertheit des Individuums. Die Psychotherapie hat zwar viele Möglichkeiten, jedoch sind diese begrenzt. Vielmehr ist hier Prävention erforderlich (z.B. durch Elternakademien oder Geburtsvorbereitungen), die bereits in der Schule beginnen müsste. Es wäre erstrebenswert die Curricula um Erziehungswissen und Wissen über partnerschaftliche und soziale Zusammenhänge - wie Beziehung, Erziehung, Ehe und Elternschaft - zu erweitern. „Der Faust kann nicht das Vorbild für junge Männer sein“, so Janus. Die Familienpolitik muss lernen, dass sie nicht erst mit der Geburt eines Kindes beginnt, sondern bereits mit Phantasien, Heirat und Kinderplanung. Die Politik muss die Grundlagen dafür schaffen, dass Eltern ihrem Kind bereits vor der Geburt Gestaltungsfreiräume bieten können. „Eine entgleisende Familie kann hohe Kosten zur Folge haben, daher ist die Investition in den Lebensanfang ökonomisch mehr als sinnvoll“.

So ist die Problematik der fehlenden frühen Aufklärung, der verstärkten Wahrnehmung der negativen Seiten des Elternseins und der fehlenden positiven Vorbilder nach Meinung der Seminarteilnehmer bewusst zu machen. Das Wissen über Familie sei enorm zurückgegangen und auch die Aufklärung müsse abkommen von der rein biologischen Perspektive. Falsch sei es jedoch, die Leistungen, die Familien erbringen (z.B. das Erlernen von Höflichkeitsformen) in die Schulen zu verschieben. „Die Elternschaft“, so Janus hierzu, „beginnt vor der Geburt, deshalb ist Elternkompetenz so bedeutsam. Diese sollte früh in der Familie beginnen, in der Schule weiterverfolgt werden“.

Beatrix Schnoor

Mutterfrust und Mutterlust

Mütter in Deutschland haben genügend Gründe frustriert zu sein. Sie sind in keins-ter Weise vor Diskriminierung geschützt, politisch unerwünscht und der statistische Posten, der dem Land zum Nachteil gereicht. Es ist eine wenig schmeichelhafte

³ Weitergehende Informationen zur Arbeit von Dr. Janus im Rahmen der Internationalen Studiengemeinschaft für Pränatale und Perinatale Psychologie und Medizin erhalten Sie unter www.isppm.de. Hier finden Sie auch die Charta der „Rechte des Kindes“ vor, während und nach der Geburt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

Rolle, die die Gesellschaft und die Politik den Müttern zuspricht. Nicht die materiellen Lebensumstände sorgen für die Frustration der Frauen und auch die Kinder begründen diesen Mutterfrust nicht. Kinder und Familie haben die Mütter vielmehr zu ganzen Frauen werden lassen. Worin aber liegt dann der Mutterfrust begründet?

Hier sind verschiedene Bereiche auszumachen, die die Situation der Mütter in unserem Land maßgeblich beeinflussen. Zunächst ist der Alltag von Mutterfrust begleitet. Man hat sich als Mutter dreister Fragen zu stellen und dumme Bemerkungen zu ertragen – technische Probleme sind da meist die harmlosesten. Als Mutter hat man ein Leben mit Kindern in einer Umwelt zu bestreiten, die auf Kinder gar nicht vorbereitet ist. Auch das Image der Mutter als solche trägt zur Frustration bei. Die Präsenz und die Darstellung von Müttern in unseren Medien verbreiten die Meinung, dass man als Mutter eine gescheiterte Existenz sei. Die Verteidigung der Mütterrechte gerät zu einer Verteidigung demokratischer Werte, es empört sich nur niemand. Die Mütterverachtung ist die eigentliche Frauenverachtung und steht demnach der Frauenbewegung entgegen. Die Gleichheitsrhetorik wird politisch instrumentalisiert, heute kämpfen nicht mehr die Männer gegen die Frauenrechte, sondern die Frauen selbst. Die Bestandsaufnahme bundesdeutscher Familienpolitik zeigt, dass Strukturen, die vor allem große Familien fördern könnten, nicht in Sicht sind. Alles, was Gerechtigkeitsgesichtspunkte tangiert, wird politisch nicht mehr beachtet. Die Prinzipien der Gleichheit und der Wahlfreiheit werden in der deutschen Familienpolitik völlig außer Acht gelassen. Vielmehr passt man in allen Bereichen die Eltern den Kinderlosen an. Brauchen wir angesichts dieser Umstände nun einen neuen Feminismus, eine neue Frauenbewegung? Es war ein grundsätzlicher Fehler der Frauenbewegung das Frausein von der Gebärfähigkeit loszukoppeln. Die Möglichkeit des Kinderkriegens ist für die Frau nicht als Stärke, sondern als Problem und Belastung gesehen worden, wo doch das „Ja“ zum Leben die Stärke beweist. Christliche Familienpolitik zeigt sich in der Akzeptanz von Konkrektion, in der Akzeptanz

also der einzelnen Menschen und der jeweiligen Situation. Insofern ist das Christliche in der Politik keine Frage des „Müssens“, sondern vielmehr eine Frage der Schaffung von Grundlagen.

So waren auch die Seminarteilnehmer der Ansicht, dass alle Lebensentwürfe in Familien toleriert und gefördert werden müssen. Familien sollten sich ebenso wie Frauen nicht gegeneinander ausspielen. Neue Rollenverteilungen seien nicht nötig, da das christliche Lebens- und Familienbild universalen Charakters ist.

Prof. Dr. Herrmann Adrian

**Vom Märchen der Familienförderung:
Wie Familien durch Steuer- und Sozialstaat benachteiligt werden**

Grundsätzlich sind alle Familienorganisationen kontraproduktiv: sie dämpfen den Zorn der Familien und gaukeln vor, etwas für die Familien zu tun, anstatt den Zorn zu bündeln. Wenn man der Ansicht ist, dass Familie der einzige lebbare Lebensentwurf ist, dann darf man die Kinderlosigkeit nicht belohnen. Kinder heute dürfen nicht gehemmt werden, später einmal selbst eine eigene Familie zu gründen. Kindermangel in Deutschland ist der Grund für die hohe Arbeitslosigkeit: weniger Kinder führen zu einer höheren Erwerbsneigung bei gleichzeitiger geringerer Nachfrage. Wegen des Kindermangels werden schätzungsweise Millionen Arbeitsplätze mehr benötigt, die andernfalls im Sektor für Kinder (v.a. in der Erziehungsarbeit) angesiedelt wären. Würden im kommenden Jahr 400.000 Kinder mehr geboren werden, die zur Bestandserhaltung nötig wären, so gäbe es gleichzeitig auch ca. 200.000 Arbeitsplätze mehr. Das Fazit Adrians lautet hier: „Kinder machen Arbeit!“. In den volkswirtschaftlichen Betrachtungen wird das Humankapital in der Regel außer Acht gelassen. Die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme entstehen erst dann, wenn die Nicht-Geborenen zu Beitragszahlern geworden wären. Es stimmt nicht, dass es auf Kinder nicht ankommt, um den individuellen und volkswirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Hierin liegt auch eine Bedeutung selbst für Kinderlose: wenn Kinder fehlen, fehlt Arbeit.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

Weniger Kinder bedeuten auch einen Verlust an Begabung, einen relativen Verlust des Ausbildungsstandes und somit einen Nachholbedarf bezüglich des Sachkapitals.

Kinderlose führen rein wirtschaftlich betrachtet ein „parasitäres“ Leben. „Familien könnten ohne Kinderlose leben, Kinderlose aber nicht ohne Familien!“, so Adrian. Ein Kinderloser erhält zwei mal im Leben Unterstützung: als Kind von den eigenen Eltern, im Alter von den Kindern anderer. In einer nachhaltigen Wirtschaft muss jeder leistungsfähige Mensch alles, was er konsumiert, selbst erwirtschaften. So also konsumieren Kinderlose mehr, als sie in ihrem Leben erwirtschaftet haben.

Heute sind Menschen, die sich für Kinder entscheiden, ökonomisch gar nicht mehr in der Lage die Lasten für Kinderlose mitzutragen. Der Staat verführt zur Kinderlosigkeit, indem er die Kopplung eines doppelten Pro-Kopf-Einkommens während des Erwerbslebens und später zusätzlich die von den Kindern anderer Menschen gezahlte Rente zulässt. Daher ist es dringend notwendig die Rente an die Kindeserziehungsleistung zu koppeln. Ein Erziehungsgehalt hält Prof. Adrian ebenfalls für unvernünftig: „Das Unrecht der Beschenkung Kinderloser ist nicht durch Geschenke an Eltern auszugleichen“. Der natürliche Lohn für Kindeserziehung ist Pflege und Versorgung im Alter – die Beschenkung des einen bedingt die Ausbeutung des anderen. Ließen sich die Familien für die Erziehung ihrer Kinder bezahlen, so würden die Kinder verstaatlicht. Der Staat könnte dann auch vorschreiben, was mit der Wirtschaftskraft dieser Kinder geschehen soll. Diese staatlichen Ansprüche seien dann nicht mehr abzuwehren.

Die künftig explodierenden Ansprüche der alten Kinderlosen an die heutigen Kinder sind grundsätzlich abzuwehren. Die Kinderlosen haben sich den Staat untertan gemacht, verkonsumieren alle vorhandenen Werte und beuten die Familien aus. Pro Kopf gerechnet zahlen Familien zweifelsohne immer noch die höchsten Steuern. Gerecht wäre ein Familiensplitting auf Berechnungsbasis des Pro-Kopf-Einkommens, mit einer solchen „Flat tax“ könnten die kinder-

losen die Familien nicht mehr im heutigen Maße ausbeuten. Die Benachteiligung der Familien in unserem Land ist nicht gedankenlos zustande gekommen, sondern mit Absicht: „Offenkundig gibt es Kräfte in unserem Land, die versuchen, die Familien in diesem Land systematisch kaputt zu machen“.

Dr. Clemens Christmann

Zusammenfassung

Als Fazit des Seminars ist festzuhalten, dass das Präzisionsniveau bezüglich der Artikulation von Familienforderungen höher werden muss, dass aber auch die christlich geprägte Familienpolitik den Gedanken der Effektivität stärker in den Vordergrund zu stellen hat. Dies ist eventuell durch eine Beschränkung auf Kernthemen und zentrale Punkte möglich, die wie folgt lauten können:

1. Achtung des Lebens und der Menschenwürde
2. Berücksichtigung des persönliche Kindeswohls
3. Vermeidung von Kinderarmut
4. Ermöglichung einer Wahlfreiheit zwischen den Lebenszielen
5. Schaffung von (Leistungs-) Gerechtigkeit für Familien im Sozialstaat
6. Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland
7. höhere ideelle Anerkennung der Elternschaft